



Piratenpartei Graz
Radetzkystrasse 3/1
8010 Graz
0660/1830366

philip.pacanda@piratenpartei.at
steiermark.piratenpartei.at

Gemeinderat Philip Pacanda, BSc. MA.

Donnerstag 14. November 2013

Dringlicher Antrag

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderats)

der Piraten und mit Unterstützung der Alternative Liste Graz - die Grünen

Betrifft: Kameraüberwachung

Wie uns die Vergangenheit gezeigt hat entstehen durch Kameraüberwachung hohe Kosten. So hat die Stadt Wien über die Jahre hinweg (ab 2006) mehrere hundert Kameras in U-Bahn und U-Bahn Stationen aktiviert und nur kurze Zeit später wurden die Investitionen - es ging hier um Investitionen von fast 4Millionen Euro - zum "unerwarteten" Verhängnis. So musste 2007 der Ticketpreis erhöht werden.¹

2009 waren es bereits über 1000 Kameras - und es kam zu einer weiteren Erhöhung des Ticketpreises.² Auch die Überwachung von Gebäuden stellt sich nicht als günstig dar - so kostet die Überwachung der Wiener Gemeindewohnungen 1,42 Millionen jährlich.³

In Wien sprach man 2009 bereits von geschätzten Kosten in Summe 20 Millionen Euro bei keinem Erfolg - so sind die Betriebskosten (ohne Anschaffungskosten) um etliches höher als Einsparungen durch einen nicht bewiesenen Rückgang der Vandalismusschäden. Auch die Erfahrungen aus London haben hier ein finanzielles Fiasko (300 Millionen) herbeigeführt - bei keiner Wirkung.

¹ Quelle: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Videoueberwachung-in-oesterreich-kommt-mit-Salamitaktik-166839.html>

² Quelle: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Wiener-U-Bahn-Dauergenehmigung-fuer-Videospeicherung-832522.html>

³ Quelle: <http://futurezone.at/digital-life/mehr-videoueberwachung-im-gemeindebau/24.567.198>

So kann man den Leiter des Bereichs Videoüberwachung bei Scotland Yard zitieren:
“Weder sei die Hoffnung der Vorbeugung von Verbrechen aufgegangen noch sei die Aufklärungsquote gestiegen. Im Gegenteil. So liege die Aufklärungsquote in jenen Teilen Londons, die besonders dicht mit Kameras überwacht werden, unter dem Gesamtdurchschnitt.”⁴ 2013 spricht man in London schon von Kosten in Milliardenhöhe.

Aktuell will die Holding Graz die bestehenden - erst seit wenigen Monaten laufenden Systeme - um weitere 270 erweitern - die Anzahl also verdoppeln - wodurch natürlich doppelt so hohe Investitionskosten und laufende Kosten auf uns zukommen werden.⁵

Diese immensen Kosten müssen von jemanden getragen werden - in Wien war es der Fahrgast - wer wird das in Graz sein?

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderats)

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1.) Die dementsprechenden Abteilungen der Stadt Graz (mit der Bitte um Einbeziehung der Beteiligungsgesellschaften) mögen umgehend eine detaillierte Prüfung aller bestehenden Kameraüberwachungssysteme veranlassen:

- eine genaue Aufschlüsselung der bereits entstandenen Investitionskosten aller Überwachungssysteme in Graz (auch nicht scharf geschaltete)
- eine Aufschlüsselung der laufenden Kosten der bestehenden Systeme
- eine Aufschlüsselung der zu erwartenden Kosten der geplanten Systeme

und dem Gemeinderat, den zuständigen Ausschüssen sowie zur Information dem Aufsichtsrat der betroffenen Beteiligungsgesellschaften als Bericht vorzulegen. Genaues Augenmerk soll hier auf Verhältnismäßigkeit der Maßnahme gelegt werden sowie auf eine klare Kosten-Nutzen-Abschätzung und -Rechnung.

⁴ Quelle: <http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/456246/>

⁵ Quelle: <http://derstandard.at/1381370845633/Graz-weitert-Videoeueberwachung-in-Oeffis-stark-aus>

2.) Die dementsprechenden Abteilungen der Stadt Graz mögen weiters prüfen ob eine mit interdisziplinären Experten errichtete und im Gemeinderat beschlossene Richtlinie für das Haus Graz erstellt werden soll um eine Kostenexplosion wie im Motivenbericht beschrieben zu vermeiden.

Bei der Erstellung der Richtlinien sollten folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Evaluierungskriterien festlegen
- Messbare Kriterien zur Fortführung oder zum Stopp von Maßnahmen festlegen
- Spezielles Augenmerk sollte auch hier auf eine klare Kosten-Nutzen -Abschätzung und -Rechnung mit entsprechenden Evaluierungszeiträumen gelegt werden.
- Über Veränderungen bei den Überwachungsmaßnahmen möge zumindest einmal jährlich dem Gemeinderat ein Bericht vorgelegt werden.

3.) Die dementsprechenden Abteilungen mögen weiters prüfen ob eine gemeinsame Abstimmung in den grundsätzlichen Fragen von Überwachungsmaßnahmen innerhalb der Stadt Graz eingeführt werden kann (z.B. Gemeinderatsbeschluss).